

Erstausgabe täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition:  
Johannisstraße 33.  
Verantwortlicher Redacteur:  
Bismarck 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-6 Uhr.  
Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 9 Uhr.  
In den Sälen für Inf. Annahme:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22.  
Luisenstraße, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 303.

Dienstag den 30. October 1877.

71. Jahrgang.

### Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen  
Mittwoch den 31. October nur Vormittags bis 1/9 Uhr  
geöffnet.

### Expedition des Leipziger Tageblattes.

**Vermietungen in der Fleischhalle am Hospitalplatz.**  
Die Abtheilungen Nr. 11 und 15 der Fleischhalle am Hospitalplatz sollen vom 29. December  
d. J. an gegen dreimonatliche Kündigung an die Reichlichenden anderweit vermietet werden und  
sowohl zur Mietzflüsse hierdurch auf sich in dem auf  
**Sonnabend, den 3. November d. J., Vormittags 11 Uhr,**  
anberaumten Versteigerungstermine an **Nahtstelle** einzufinden und ihre Gebote zu thun.  
Die Versteigerungs- und Vermietungsbedingungen liegen ebendort schon vor dem Termine  
zur Einsichtnahme aus.  
Leipzig, den 20. October 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Cerrill.

Leipzig, 29. October.  
Die große Schlacht im preussischen Ab-  
geordnetenhaus ist geschlagen; wichtige  
Schläge sind nach beiden Seiten hin ausgefallen  
worden; aber keiner der streifenden Theile, weder  
die Regierung noch die Opposition, kann sich des  
Sieges rühmen. Das Ministerium hat, mit  
welchem die Fortschrittspartei den Sturz des  
Ministeriums einleiten wollte, ist abgelehnt worden;  
aber ein Vertrauensvotum ist der Regierung auch  
nicht erteilt worden. Das ist das Richtergebnis,  
die politische Berührung, mit der der denkwürdige  
Redekampf abschließt. Mit vollem Rechte, wie  
wir meinen. Die Fortschrittspartei hätte über  
das Ziel hinausgeschossen, indem sie die Regie-  
rung reactionärer Bestrebungen beschuldigt und  
daraufhin ihr Vertrauensvotum gesprochen  
hätte. Die Vertreter des Ministeriums erklärten  
auf das Bestimmteste, daß sie nach wie vor  
fest auf dem Boden der Reform ständen und  
entschlossen seien, dieselbe im bisherigen Geiste  
fortzuführen. Ingleich aber gaben sie die Ansicht  
kund, einen Theil der Reform, denjenigen, der  
sich auf die Verwaltung der Städte und der  
Landgemeinden bezieht, vorläufig zurücklegen und  
in langsamem Tempo zu behandeln. Aufge-  
schoben ist nicht aufgehoben! Ist also in dieser  
Beziehung die Lösung der Regierung, während  
die Nationalliberalen von einem solchen Auf-  
schub Nichts wissen wollen, sondern die Reform,  
als ein organisches Ganzes, so gleichmäßig und  
prompt wie möglich angegriffen und gefördert sehen  
wollen. Daher konnte sich diese fürchte und  
anschlagende Partei weder zu einem Ver-  
trauensvotum noch zu einem Vertrauensvotum herbe-  
lassen; sie wußte sich damit begnügen, dem Mi-  
nisterium ihre abnehmende Achtung zu sagen;  
dabei aber laute sie nicht unterlassen, die Schritte  
zu pariren, welche Fortschritt und Centrum gegen  
die Regierung führten. Der Abg. Lohse hat  
deutlich mit dem nächsten Takt geschlagen; freilich  
hatten wir gehofft, daß seine Rede noch hellere  
Streichlichter auf den eigentlichen Kernpunkt der  
Frage werfen würde; vielleicht aber legte die  
Schwierigkeit der Lage ihn Schweigen an. Ob-  
wohl der Name des kaiserlichen Bismarck nicht  
direct mit den vorliegenden Anträgen zusammen-  
hing, so handelte es sich doch in dieser ganzen  
zweitägigen Debatte um die Frage: Sind alle die  
Dankreden und Anerkennungswörter, die im  
Vorwort, wie die kleine Fortschrittspartei, die sich  
den Zweck einer fränkischen Opposition gestiftet  
darfte, da sie überzeugt war, daß der Antrag ja  
doch nicht durchginge. Doch ist Nichts geschehen,  
was einen so klaren und verhängnisvollen  
Schritt, wie es der Sturz des Ministeriums Bi-  
smarck oder die Herausforderung eines Conflictes  
zwischen Bismarck und dem Parlament sein würde,  
auch nur im Geringsten rechtferdigende Gründe.  
So steht die nationalliberale Partei so  
beständig auch die Fortschrittspartei, die  
wenn wirklich die Verfassung, die freisinnige Fort-  
entwicklung Preussens und des Reiches bedroht  
wäre, dann erst würde es Zeit, derartigen Ent-  
scheidungen ernsthaft wider zu treten. Verlässig  
oder hoch sich der Streit zwischen Regierung und  
Kammer in Preußen nicht um Freiheit oder  
Reaction, sondern um das Beste oder Weniger,  
das früher oder später der gemeinlich für richtig  
Erkannten; beide Theile wollen vorwärts, nur daß  
der eine schneller, der andere langsamer vorwärts  
will. Die nationalliberale Partei hält den letzten  
Weg für den besten und sie wird daher ihren ganzen  
Einfluß aufzubringen haben, um die störende Reform-  
bewegung wieder flach zu machen; sie wird darüber  
zu machen haben, daß die Regierung nicht allzu  
sehr zurückbleibe, daß der Stillstand nicht perma-

nent werde, daß keine rückläufige Bewegung ein-  
trete. Bis zur Stunde aber liegt kein Rückgang  
vor, und wir sind daher so glücklich, und den  
Conflict ersparen zu können.

### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 29. October.  
Der Kaiser hat, wie man nachträglich er-  
fährt, in der dem Präsidenten des preussischen Ab-  
geordnetenhauses gewählten Kabinets seine Ver-  
änderung darüber ausgesprochen, daß die Fort-  
schrittspartei so eilig mit ihrem Vertrauensvotum  
vorgegangen und die Entlassung seines Mini-  
steriums hinsichtlich der Verwaltung reform nicht  
abgemerkt habe. Der Kaiser bemerkt, daß ihm  
als Monarchen das constitutionelle Recht zustehe,  
zu jeder Zeit seine Minister zu entlassen, und  
er sich dieses Recht nicht zurücknehmen lassen wolle.  
Im Laufe der Conversation erklärte der Kaiser,  
daß die im Ministerium des Innern angesehene  
Stabschefin des Reichspräsidenten kaiserlichen  
Bismarck in den Concessionen hinsichtlich des  
Wahlrechts zu weitgehend erschienen sei.  
Wie die „Agence Havas“ meldet, wäre nach  
den vorliegenden Nachrichten namentlich im Ganzen  
eine demnachstige and erweiternde Gestaltung  
des saarbrückischen Cabinets als wahrschein-  
lich zu betrachten. Indes ist die jetzt ein-  
geschlossene in dieser Angelegenheit nicht geklärt worden.  
Der „Moniteur“ glaubt, daß das gegenwär-  
tige Cabinet in seiner Gesamtheit bis zur Er-  
öffnung der Kammer im Kinde verbleiben werde.  
Dasselbe Organ bemerkt, in aller Form die  
Kammer in Frage gekommen sei und be-  
zeichnet das Gerücht von einem beschleunigten  
Staatstreiche als „lächerlich“. Dem „Frankfurter  
Zusatz“ sind die Minister entschlossen, vor die  
Kammer zu treten, ihre Politik zu verteidigen  
und die Verantwortlichkeit für dieselbe zu tragen.  
Indes wollten sie kein Hindernis bilden für eine  
anderweitige Bildung und seien bereit, ihre Ent-  
lassung zu nehmen, sobald der Reichspräsident  
glaube, andere Rathgeber drängen zu müssen.  
Der französische Botschafter an Wiener Hofe,  
Graf Bogas, ist in Paris eingetroffen; sein  
Name wird bei der neuen Ministercombination  
genannt; sollte er in das Cabinet als Minister  
des Aeußeren treten, dann würde Herzog Decazes  
bei Botschafterposten in Wien überkommen.  
Der „Courrier d'Italie“ erklärt die Nachricht  
eines Wiener Blattes, daß die Fortschrittspartei in einer  
Rolle an das italienische Cabinet wegen ange-  
leglicher Intriguen der italienischen Agenten in den  
slawischen Provinzen Beschwerde geführt habe,  
als das Entschiedenste für unrichtig. Das Blatt  
hat hinzugefügt, die Fortschrittspartei nicht nur  
keine Beschwerde geführt, sondern habe nicht  
einmal Beschwerde gehabt, derartige Bemerkun-  
gen zu machen.  
Eine Berliner Meldung der „Montagsrevue“  
nennt den Sturz in der Presse anstehenden  
Ortes des kaiserlichen Bismarck an den kaiserlichen  
Bismarck anstehend und erklärt, daß bei dem Aus-  
brüche des Krieges die Regierungen Oesterreichs  
und Englands unter voller Verantwortlichkeit des  
kaiserlichen Bismarck in Betreff der Erklärung des  
Krieges die Anzeigung auch nur eines Quadrats  
jüdischen Territoriums — mit Rücksicht  
auf montenegrinischen Compensationen — für  
beide Reiche einen Kriegszustand bedingen würde.  
Fürst Gortschakoff habe diese Erklärung empfangen  
und geantwortet, daß Rußland den Interessen  
der Reiche vollkommen entsprechend handeln werde.  
Wie man sich nach einer Mitteilung der „Pol.  
Corr.“ in Belgrad erzählt, sollen Fürst Gortscha-  
loff und Staatsrath Baron Gornini sehr ernstlich  
damit beschäftigt sein, eine Verfassung für  
das russische Reich auszuarbeiten. Diese  
Verfassung soll nicht nach der gewöhnlichen Schab-  
lone der heute in Europa geltenden constitution-

ellen Formen beschaffen sein, sondern den factischen  
socialen und politischen Zuständen, wie diese sich  
in Rußland entwikkelt haben, angepaßt werden,  
daher auch den historischen Rechten und Vorrechten  
vollständig die denselben gebührende Stellung ein-  
räumen. Das aristokratische Element dürfte die  
Basis dieser Verfassung bilden.  
Der dieser Tage in einem Recognoscirungs-  
gefehrt erfolgte Tod des 25jährigen Prinzen Sergei  
Romanowitsch Herzog von Leuchtenberg, eines  
leiblichen Knechten Kaiser Alexander's II., verleiht  
eine große Anzahl registrierender Familien in Trans-  
sylvanien seinen Vater war der Gefallene der  
bayerischen Dynastie und den Napoleoniden ver-  
wandt, die Schwester seiner verewigten Mutter  
ist die Königin Olga von Württemberg, Prinz  
Wilhelm von Baden und Prinz Alexander  
von Oldenburg ständen ihm als Schwäger nahe,  
— als Enkel der verstorbenen Kaiserin Alexandra  
von Rußland war der Prinz Sergei von Leuchten-  
berg Romanowitsch endlich ein Großneffe Kaiser  
Wilhelm's und Better der Königin von Griechen-  
land.

Dem „Goloz“ wird aus Kurland vom  
27. d. M. gemeldet: Vorgesetzt haben die Ver-  
handlungen in Betreff der Uebergabe von  
Raxa begonnen, zu welchem Zwecke türkische  
Parlamentare in unserm Lager eingesetzt sind.  
General Tergakoff verließ Ismail Pascha bis  
jetzt Karakulski. General Petman hat das  
Sogonak-Schiff übergeben und im Rücken  
der nach Erzerum zurückziehenden türkischen Truppen  
Stellung genommen.

Nach den letzten türkischen Nachrichten hat die  
früher gemeldete Vereinigung Ismail Pascha's  
mit Moahit Pascha noch nicht stattgefunden.  
Der Kaiser war nach mehreren kleinen Schar-  
schüßeln, namentlich bei Delikobs, in Adras-  
angelommen. Kowstak Pascha steht bei Ge-  
schick in der Umgebung von Jevin.

Am 19. October verließ die Artilleriegarde Ismail  
Pascha's abemerkte ihre Stellungen. Vor ihrem  
Rückzuge verbrannten die Türken 240 Patronen-  
kasten, 3 Sotniken Koffeln und 2 Escadrons  
Dragoner jagten den Feinde nach, überschritten  
die Grenze und trafen bei dem Rifsanapag eine  
türkische Cavallerie-Abtheilung von einigen hundert  
Mann, welche sich eilig in die Berge bei der  
Straße nach Diadin zurückzogen. Später er-  
schallte von den Höhen der Rifsanapag der Geschütz-  
feuer, welches von uns nicht erwidert wurde, da  
wir keine Artillerie mitgeführt hatten. In der  
Nacht verjagte sich auch dieser Theil der türkischen  
Truppen. Am 21. d. führte Hüsi Darakoff eine  
Recognoscirung bis auf die Mitte der Straße  
nach Diadin aus, ohne auf den Feind zu treffen.  
In dem Dorfe Rifsanapag hatten die Türken einen  
ungeheuren Vorrath von Patronen, Munition,  
Gewehren, mehrere Zelte und etwa 20 Kranke  
zurückgelassen. General Tergakoff rückte mit  
den Hauptkräften wegen des stark coupirten  
Terrains nur langsam vor.

Nach weiteren aus Jgdyr eingegangenen Be-  
richten rückten drei Colonnen des Osmanischen  
Detachements den sich zurückziehenden Truppen  
Ismail Pascha's nach und besetzten die früher vom  
Feinde innegehabten Positionen bei Tscherskala.  
Die Nachhut Ismail Pascha's besetzte sich mit  
3 Geschützen auf den Höhen bei Kalkoff und  
eröffnete ein Artilleriefeuer, welches besonders  
gegen die energisch angreifende Colonne des General  
Dewel gerichtet war. Die eingetretene Dunkelheit  
und dichter Nebel verhinderten den General Dewel,  
den Feind von der rechten Flanke zu umgehen.  
Durch das türkische Feuer wurden 5 Mann ge-  
tödtet und eine Munitionskiste gesprungen.

### Vom preussischen Landtage.

Die Urlands-Debatte im preussischen Ab-  
geordnetenhaus wurde am Sonntag fortgesetzt  
und beendet. In dieser Sitzung erglitt zuerst  
das Wort der Abg. Dr. Windthorst (Wuppertal):  
Meine Herren, die Diskussion, welche wir gestern be-  
gannen und welche heute beendigt werden wird, ein  
großes politisches Resultat unmittelbar nicht haben;  
wenn nicht Alles täuscht, wird man einsehen, daß Tages-  
erörterungen und Fragen der vorliegenden Artfragen  
unmöglich sind. Nichts desto weniger halte ich die Diskussion  
für außerordentlich wichtig und nützlich, denn sie wird  
begründet, immer mehr im Laufe der Zeit zu wachsen,  
daß die constitutionale Bewegung, in denen wir uns be-  
wegen, zur Zeit in der That ohne Inhalt sind (Satz  
wohl) im Centrum, daß wir, und unter der Regierung  
eines souverainen Ministers befinden, der diese Regie-  
rung absolut führt. Es ist ausnehmend hier, im Hause  
sich zu bewegen, wenn man von diesem Minister  
spricht, einen Vorstoß auf ihn anzustellen, wie ich  
glauben mit großer Behelfung von Herrn Finanz-  
minister, dem Herr von Bismarck und ich in  
gewissen Sinne von dem Herrn Abgeordneten  
Dr. Döbel gehalten ist. Ich meine, es würde  
mit dem meinsten sehr niedrigen Standpunkte aus sein  
möglich, doch am diesem Beispiele in irgend welcher  
Weise zu folgen, erlaube ich mir einen Satz aus einer

soeben erschienenen Schrift zu verlesen, welche Gedanken  
über den Reich der deutschen Reichsverfassung bringt  
und welche nicht von einem Ultramontanen, sondern  
von dem Professor Hermann Köhler in Hofschloß verfaßt  
ist. Köhler vertritt die Ansicht, daß die deutsche Ver-  
fassung, nach der der preussische Kaiserpräsident und  
deutsche Reichsminister leitet, als eine staats-  
rechtliche Capazität zu betrachten ist, er habe bisher  
mehr Recht im Recht als im Unrechten bewiesen  
(Unterbrechung; Heiterkeit); große Reize und Unstetig-  
keiten, periodische Reformen seien für die Bedürfnisse  
einer großen Nation nicht genug. — Köhler fährt fort:  
Ich habe natürlich nicht gewünscht, daß die große  
Mehrzahl hier, wie es geschehen ist, eine gewaltige  
Unterbrechung an dieser Stelle einleiten lassen würde;  
ich will auch meinerseits kein Urteil abgeben, aber ich  
glaube, daß solche Reaktionen der Art eine Unter-  
brechung des Reichs sind. Ich verstehe nicht, daß  
dieser Antrag gemacht worden ist, weil ja daraus die  
Reaktion entstehen wird, was mit dem Ansehen an-  
recht gesunden Voten zu beginnen; dann vielleicht wird  
es gelingen, den großen Staatsmann neben Stein zu  
stellen, wenn er heute noch nicht geht.

In Beziehung auf die wichtigsten aller Fragen, die  
hier in Betracht kommen, ob wir nach den Vorlesungen,  
die wir erhalten haben, wirklich mit einer Wandlung  
in Beziehung auf die innere Organisation des Landes  
gegenüber befinden oder nicht, erlaube ich mir zu sagen,  
daß ich in dieser Hinsicht den Ausführungen der Ab-  
geordneten Hölzel und Bismarck völlig zustimme. Die  
Wandlung ist fest und klar begründet; für den Beweis  
nehme ich Bezug auf die Thronrede, die Erklärungen  
der Minister, und ganz besonders auf die Erklärungen  
des Abgeordneten v. Epfel. Der stellvertretende Mi-  
nister des Innern hat gestern in sehr ausführlicher  
Weise sein Programm entwickelt. Ich habe für diesen  
Herrn eine sehr große Achtung, muß mir aber ge-  
lauben, ihm zu sagen, daß ich wenig bedauere, daß er  
aus dem Rahmen des landwirthschaftlichen Ministeriums,  
insofern dessen er so Vieles und Anerkennenswerthes  
geschieht, auf diesen schätzlichen Boden getreten ist.  
(Große Heiterkeit.) Seine ganze geistige Ausdauer-  
leistung hat für mich, deren ich für die Wissenschaften  
gewohnt empfinden haben, vielleicht etwas bedauerlich, für  
andere nicht. Nach den Auslassungen und Beside-  
rungen des Herrn Dr. Friedenthal sollen die Grund-  
züge der Verwaltungsverform-Wegese bleiben;  
was aber diese Grundzüge sind, welches der Geist dieser  
Organisation ist, ist gar nicht bestimmt worden, es ist  
dies sogar sehr vorläufig vermerkt worden. Der Herr  
Ministerpräsident hat auch eine kurze Eingangs-  
rede gehalten, er würde nicht länger Minister bleiben, wenn  
die Verwaltungsverform vollständig erfüllt werden sollte.  
Herrmann haben wir die Hoffnung, den Herrn Vice-  
präsidenten und noch sehr lange erhalten zu sehen  
(Heiterkeit), denn das Wort „vollständig“ kann immer  
nur für den concreten Fall bestimmt werden und wird  
wahrscheinlich der Fall, in welchem der Herr Minister  
des Innern ad interim die Organisation der Verwal-  
tung zu halten wünscht, immer noch genug sein, um  
zu sagen: „Das ist doch noch vollständig.“

Das aber eine Einigung eingetreten ist, dafür stehen  
mit die Herren Bismarck und Hölzel gestern den Beweis  
in völlig gelungenen Weise geführt zu haben. Die  
Staatsregierung kann ja in nächster Modification und  
einen Wandel eintreten lassen, wenn sie auf dem Tre-  
wege ist. Ich kann nur den beglückten Wunsch sagen,  
daß die Herren nicht allein hier, sondern auf recht  
vielen Gebieten sich überzeugen, daß sie gründlich auf  
dem Holzwege sind (Heiterkeit), und daß sie dann,  
meinetwegen sogar durch Verlautbarungen Wandel schaffen.  
(Große Heiterkeit.) Ein solcher Wandel muß aber offen, frei  
und unangetastet eintreten können, und darf einen  
corrupten, aus der öffentlichen Verwaltung und bringt  
die Regierung in Ansehen, wie auch die Volkstreu-  
treue, wenn sie sich mit einem solchen Schicksal über-  
lassen läßt. Der Herr Ministerpräsident ist also Thatsache.  
Die Herrn der Administration dieses Abgeordnetenhaus,  
das Schreiben über die Beurteilung des Grafen Galenberg  
muß aber in seiner Haltung im höchsten Grade auf-  
fallen. — Köhler verweist sich nun über die Form der  
„interimistischen Stellvertretung“, die er für ein Uebel  
achtet. Auf den im Urlande befindlichen Minister müsse  
ebenfalls Rücksicht genommen werden und in Beziehung  
auf die allgemeinen Principien, wonach die Führung  
des Departements zu erfolgen hat, in Beziehung auf  
die Beziehungen sowie die Stellvertretung aus der voll-  
ständigen Homogenität der beiden Verfassungen einen  
Satz haben. Es herrsche aber unangehörig ein wesent-  
liches Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der letzten  
Verfassungen und es läßt sich nicht denken, daß nicht  
von einer Verlautbarung, sondern von einem Ministerwechsel  
die Rede sein solle. Man wisse auch gar nicht, ob  
der Minister des Innern nur 2 in Bismarck, oder in  
jeden einer sonstigen Form verlaute; nach seiner  
des Reiches Auffassung wäre Graf Galenberg voll-  
ständig berechtigt, während seines Urlaubs Vertretung  
sich zu verschaffen und dem Herrn Dr. Friedenthal in  
Bezug auf seine Stellvertretung zu sagen: „Die  
Minister, des Reichs nicht.“ (Stürmisch anhaltende  
Heiterkeit.) Die Kabinetsordre, betreffend den Urlaub  
des Grafen Galenberg sei dem Hause nicht mitgeteilt  
worden, einen Antrag auf Vorlegung derselben will  
Köhler nicht einbringen, da er sehr wohl weiß, daß ein  
solcher von der Majorität der Fraction nicht acceptirt  
werden würde. Köhler gibt nun eine ausführlichere  
Darlegung der eigentlichen Verhältnisse im Staats-  
ministerium. Ueber die Bestimmung des Vice-Präsidenten  
sei man nicht einig; ferner gedenken dem Ministerium  
die Herren Döbel und Hofmann an, welche gewisser-  
maßen Minister in partibus seien und über deren  
Functionen man auch Nichts wisse. Solche Uebel-  
stände sollen aufgehoben sein und das Neue nur  
durch ein Gesetz über die Ministerverordnungen ge-  
schaffen. Gegenwärtig seien wir in der Lage, nur eine  
souverainen und absoluten Minister zu haben, die die Ver-

Nummer 15,250.  
Abonnementpreis viertel 4/1, Hal-  
jährlich 7/6, einjährlich 13/6, mit  
Posten 1/6. Jede einzelne Nummer 3/6 Pf.  
Kriegsbeilage 10 Pf.  
Schreiben für Extrablätter  
ohne Postbestellung 3/6 Pf.  
Jahres 4/6 Pf. (Beilage 2/6 Pf.)  
Größere Schriften laut ansehn-  
licher Preisverzeichniss. — Tabellarische  
Satz nach beliebigem Tarif.  
Kleinere unter d. Redactionstr.  
die Spalten 4/6 Pf.  
Inserate sind best. an d. Expedition  
zu zahlen. — Abhalt wird nicht  
gegeben. Redaction pr. ann. 18/6  
aber durch Postvorsatz.